

Volkswacht

Anzeigenpreise: Die neugegründete Kolonialzeitung...

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage...

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32. Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften. Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 47 Danzig, Mittwoch, den 26. Februar 1919 10. Jahrgang

England vor dem Bergarbeiterstreik?

Streiks überall!

Wenn die herrschenden Kreise der Entente den Friedensschluss noch lange hinauszögern, so schaffen sie das, was sie nach ihren Beteuerungen nicht haben wollen: den Bolschewismus...

Wie alle diese Kämpfe der letzten Zeit, wird auch der in Mitteldeutschland vor allem Hunger und Elend bringen, und darüber hinaus unser Wirtschaftsleben für den völligen Zusammenbruch reif machen...

General Dubaut, der französische Vertreter, hat gestern in der Weissenhof-Kommission erklärt, daß die Alliierten die Verzögerung der Lebensmittelverhandlungen bis zum 4. März bedauern...

England.

London, 26. Febr. (B. T. B.) Im Unterhaus verurteilte der Arbeiterführer und Führer der Opposition das Ergebnis der Abstimmung der Bergarbeiter...

London, 26. Febr. Einer Benteermeldung zufolge erklärte Lloyd George im Unterhaus, er könne zu den Forderungen der Bergarbeiter nach einer 30-prozentigen Lohnerhöhung...

Nährgebiet.

Essen (Ruhr), 25. Febr. In der heutigen Morgenlicht ist die Zahl der Hungernden wegen der über die Hälfte zurückgegangenen...

Mitteldeutschland.

Halle, 25. Febr. (B. T. B.) Der Generallstreik der mitteldeutschen Bergleute der Heiligschichten, der großen chemischen Fabriken und Stickstoffwerke...

Berlin, 26. Febr. Der Eisenbahnbetrieb bei Halle ist gestoppt. Von der Regierung sind unverschiedene Maßnahmen zur Unterbrechung jedes Verkehrs in die Wege geleitet.

Im Reich ist der Streik allgemein. Der Reichsminister und Reichsminister empfehlen die Anwendung des Generallstreiks...

Der abwärts, heute mittags 12 Uhr die Beendigung des Generallstreiks.

Ungarn.

Budapest, 25. Febr. Nach einer Meldung von „Nepzava“ hat sich der Ausbruch von Süd-Ungarn auf Kroatien und Slavonien ausgedehnt...

Wer holte die Bolschewisten.

Im „B. T.“ schreibt Theodor Wolff: „Die Herren von der Schwerindustrie und von der Rechte bemühen sich, die Meinung zu verbreiten, daß erst die Revolution über die berühmte „Zimmung im Hinterland“ die militärische Katastrophe verursacht habe...“

Aus Bayern.

Das neue Ministerium.

Aus München wird dem „Vorwärts“ gemeldet: Ministerpräsident und Minister des Inneren in Professor Pfeiler; für Auer übernimmt Seath das Ministerium des Inneren...

Sämtlichen Ministern werden paritätisch je ein Unterstaatssekretär von den Unabhängigen und der Reichspartei beigegeben.

Die Sozialistischen Frauen und Hausfrauen, die aus dem Zentralrat ausgetreten waren, haben erklärt, daß ihre Austrittserklärung eine rein persönliche war...

Die Oesterreicher sind da!

Der österreichische Staatssekretär des Inneren, Bauer, hat sich am 25. Februar in Wien bei dem Reichspräsidenten Scheidemann und dem Ministerpräsidenten Scheidemann vorgestellt...

Deutsch-österreichische Minister.

In eingeweihten Kreisen wird, wie die „Polit. Parlament. Nachr.“ erfahren, die Frage erwogen, den Deutsch-Österreichern im Kabinett die Vertretung als Minister ohne Portefeuille einzuräumen...

Seelenmessen nur für Butter.

Der Pfarrer von Schöfel bei Komotau (Böhmen) richtete unlängst an einen Bergarbeiter, dem die Tochter gestorben ist, und der die Abhaltung einer Seelenmesse verlangte...

Sehr geehrter Herr Weber!

Ihre Mitteilung, worin Sie mich um eine hl. Messe für Ihre verstorbenen Tochter, Frau Marie Weber, ersuchen, habe ich erhalten...

Unter anderem lassen, entspreche ich Ihrem Wunsch. Um ehebaldige Mitteilung ersucht...

Dr. Franz Gerbi, m. p. Pfarrer in Schöfel. NB. Sollte Herr Weber mir keine Antwort mehr zukommen lassen, so werde ich voraus, daß Sie von der hl. Messe Abstand nehmen...

Der Pfarrer von Schöfel ist ein würdiger, edelmütiger Mann, der sich um die Seelen seiner Gemeinde sehr bemüht...

Gemeindevahl.

- In den Gemeindevahlen im Reich wurden folgende Ergebnisse erzielt: Berlin: S. P. D. 17, U. S. P. D. 47, Dem. 20, Christl. Volksp. 7, Deutsche Volksp. 8, Deutsch. 15 Sitze.

Nationalversammlung und Kammerdage.

Koste für das Mitbestimmungsrecht der Mannschaften.

Weimar, 25. Februar. Präsident Scheidemann eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Ministerpräsident Scheidemann erklärte: Die Regierung werde die Interpellation der deutschen Mannschaften betröfend...

Abg. Schödlitz (Soz.)

Der Antrag ist ein Vorbehalt. Durch Aufhebung der Wehrpflichtigen eine militärische Macht zu schaffen, ist zurzeit nicht durchführbar...

Der Antrag ist ein Vorbehalt. Es geht einher mit dem Antrag, die Wehrpflichtigen in den Mannschaften zu verbleiben lassen...

Hannover, Soz. 15, Unabh. 2, Dem. 1, S. P. D. 1, Gewerbetreibende 6, Angehörige 2, Dem. 1, Deutsch. 1, Partei 1, Zentrum 20, Kathol. 1, Wahlvorschlag Dramm 1, Bürgerbund 6.

Abschließende als Symbole.

Nach Homer schließt zuweilen! Nur so laß, er sich erklären, daß Will Vesper in der „Lithischen Rundschau“ seinen Artikel „Der Abschließende“ erscheinen lassen konnte...

Auf diese Abschließende hat schon als vier Jahre der größte Teil unserer Männer mit unerschütterlichem Willen mühen müssen, um dann vor diesen Abschließenden zusammenzukommen...

Man verweise mich nicht auf das Wehrverbot, diesen Antrag, diese lächerliche Verhöhnung und Starbuche jedes Kindes! Es ist ferner zu bedenken, daß mit dem Antrage dieser Abschließenden...

Nationalversammlung und Kammerdage.

Reden und Besuchen, aber da die neue Sitzung nur kurze Zeit dauern soll, über besondere Besuche, daß die Reichswehr eine 2. Kammerdage wird, nicht alles nach, es ist bei ihnen nur einredend zu handeln. (Beifall.)

Abg. Weiser (Christl. Volksp.): Die Reichswehr einer Partei, das heißt, ist es nicht, daß wir jede Partei vor uns aufstellen, um die sie verurteilt wird. Wenn diese Macht ausüben soll, was man erwartet, so muß sie vorher und durch den Willen der Mannschaften (Beifall.)

Abg. Sieber (Dem.): Die neue Reichswehr kann natürlich nur ein Volk sein. Es wird aber einen Zweck erfüllen, wenn es auf halber Manneszucht aufbauen ist, der sich von der Regierung mit der Unterstützung der Mannschaften der Grenzländer helfen, um die in den für die Reichswehr zu schaffen, ein neues Regiment zu bilden. Wir fordern auch ein weiteres Vordringen der Felle über die Kammerdage hinaus zu verhindern. Generell muß im Interesse des Landes die Sicherheit und Ordnung gefördert werden. (Beifall.)

Abg. Baerle (D. Volksp.): Wir sind durch die Beschlüsse der letzten Woche nicht befreit worden. Die sind das nicht anders als weitere Soldaten der Revolution. Wenn jetzt endlich etwas geschieht, so ist es verblüffend. Die Partei selbst, daß die Sozialdemokratie ungenügend haben. Es geht eben nicht ohne Militarismus.

Abg. Senke M. S. P.: Ich rufen dem Entwurf, weil er Menschenleben des Militarismus ist, daß das soziale Entgegen und verfahren bei seiner Wahlkommissionenberatung. Die Durchführung der Sache im Reich sind nichts als Schwindel.

Reichswehrminister Koste: Der Antrag trägt lediglich der bringenden, augenblicklichen Lage des Reiches Rechnung. Aus eine Regierung, die zur Hälfte aus Sozialdemokraten besteht, ist es nicht möglich, aufzukommen und zu handeln, daß eine ihrer ersten Maßnahmen davon abhängt, daß sie von den Mannschaften der Reichswehr unterstützt wird.

Wartseinführung des Oberbürgermeisters Heinrich Schim.

Die gestrige Sitzung im städtischen Parlament bildete in ihrem ersten Teil wiederum einen Meilenstein in der Geschichte unserer Stadt. Nicht besteht nur der Saal, der bei der immer größer werdenden Zahl unserer Stadtväter längst als zu klein befunden, die Bürger- und Magistratsämter, denn es galt, den neuen Leiter unserer Verwaltung zu begrüßen.

Herr Regierungspräsident Hübner führte Herrn Schim in sein verantwortungsvolles Amt ein und bemerkte in seiner Rede u. a., daß wir heute vor einem Zukunftsfeld stehen, Industrie und Außenhandel darniederliegen, die deutsche Wirtschaft den Feinden ausgeliefert sei. Wir liegen zerbrochen am Boden, trotzdem müssen wir vorwärts, denn die Welt hat längst ein ähnliches Schicksal erlebt und immer wieder hat es sich ausgerichtet. Große Aufgaben sind es, die Herrn Schim erwarten, aber die Regierung werde bemüht sein, ihm bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Nach diesen mit Besatz ausgenommenen Worten sprach der Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Geheimrat Keruh

den Dank der Versammlung aus, daß Herr Schim in so schwerer Zeit zu uns gekommen. Dochtrübende Erwartungen seien jetzt nicht zu stellen, aber unsere Deutschheit, wie um unsere kommunale Selbstverwaltung wird immer gekämpft werden müssen. Von unerbittlicher Seite wird eine Kontrolle und ein Druck auf Magistrat und Stadtväter ausgeübt, der der Besetzung harter, harte Arbeiten, die der zu früh verstorbenen Heinrich Schim in Angriff genommen, sind nicht mehr abschließbar, aber bei allem sei doch die Leistungsfähigkeit der Magistratsämter zu berücksichtigen. Auch er versprach die Unterstützung aller in Betracht kommenden.

Kommune kam Herr

Oberbürgermeister Schim

schon zum Wort, und in klaren, klaren Sätzen sagte er sein Programm im wesentlichen in das alles umfassende Wort: Arbeit, Arbeit, Arbeit. Er trug von tiefem Ernst, trete er sein neues, schönes Amt an und erbat die Unterstützung nicht nur des Magistrats, sondern der gesamten Bürgerwelt, die in kommender Zeit mit gleichen Fleiß und Pflicht mitarbeiten soll. Auch der Volksgangsgewalt solle mitwirken. Er sei Herrscher kommen auf Grund des durch die Stadtverordneten und dem Volksgangsgewalt bestimmten Wahlwills. Mit tiefer Wehmüt nahm er den Platz seines verstorbenen Freundes Schim ein, füllte sein Amt als Vermittler des Verstandes aus, und werde in seinem Sinne handeln.

Herr Schim lenkte ein offenes Bekenntnis für sein Deutschland ab. Deutschland ohne Danzig sei ebenso denkbar, wie Danzig ohne Deutschland. Um Danzig kam es nicht zu handeln, es sei nicht zu haben, sondern nur freimütiges Wachen, über es zu wachen, daß auch ein deutsches Danzig den Polen einen freien Weg zum Meer gewähren könne. Beide Völker seien wirtschaftlich aufeinander angewiesen, und er erböte ein freies, freies Nebeneinander, wenn Danzig deutsch bleibt.

Der Redner wies dann noch auf das Danziger Wohnungswesen, die Lebensmittelversorgung, die soziale Bildung durch eine der Zeit angepasste Schulreform, auf die Veränderung von Volksschulen ein und hielt die Förderung der Kunst für eine Notwendigkeit. Er bekannte sich dazu, daß er im Dienste der Stadt steht, achte und materialisiere so schnell sein müsse, daß seine Arbeitsfreudigkeit eine restlose sei.

Rechtliche Beifall folgte diesen Ausführungen und auch wir stimmten darin ein.

Das Amt des Oberbürgermeisters unserer Stadt war längere Zeit unbesetzt und es war nicht leicht, für Heinrich Schim vollwertigen Ersatz zu finden. Man war zu dem im Oktober vorigen Jahres Verstorbenen wie auch immer gekommen, er war eine kraftvolle Persönlichkeit, eigenartig in dem Erfahren und der Wärme seiner Ansichten und unerlässlich in seiner Arbeitsfreude. Große Schwierigkeiten wurden dem früheren Maadeburger Stadtrat bei seinem Eintritt im Juli 1910 entgegengebracht und er hat nicht enttäuscht. Wenn es ihm nicht gelang, sich immer durchzusetzen, so lag die Schuld mehr bei den kurzfristigen Stadtvätern, denn er machte derbe Klarheit zu lassen wußte. Auf dieses Konto geht auch der große Streit mit dem Reichsminister Schönerling, der von Schönerling mit Energie geführt wurde, aber doch das Institut der Arbeitervereine auf dem neuen Stadtsitzungsstand und in der Folge nicht verhindern konnte und die Stadt um die Wasserkräft des Wölsamer Gewässers brachte, die uns bei der letzten Kohlennot mit dem weitesten Ansehen der Stadt ansehenswerte Dienste geleistet hätte.

Dem Bestreben der Arbeiterwelt, Danzigs Volkswirtschaft zu erheben und Siedlungsland zu erwerben, stand er immerwählig gegenüber, wie er denn während der Kriegsjahre, deren nicht zu unterschätzenden Vorkämpfer immer mehr dem Gemeinwohl nutzbar machte.

Als Nachfolger für ihn hatten Magistrat und Stadtverordnete den früheren preussischen Finanzminister Dr. Lenke in Vorschlag gebracht, der von

den Freiheit liebenden Arbeitern abgelehnt werden mußte, weil er als reaktionär bis auf die Knochen bekannt war. Sie bevorzugten eine Kandidatur bei in Danzig und weit darüber hinaus bekannten Dr. C. K. v. a. h.

Am späteren Verlaufe wurde Herr Heinrich Schim, der bisherige Geschäftsführer des Deutschen und Preussischen Städtebundes, ein Freund und geschätzter Mitarbeiter des verstorbenen Schim, als ausnahmsreicher Bewerber genannt und am 1. Februar 1919 zum Oberbürgermeister unserer Stadt erwählt. Dieses Amt hat er gegen den Willen der Regierung, die in der Wahl für die Reichsregierung unterlag und die nicht leicht einen solchen Verlust für Danzig bedeuten können, wenn die Verhältnisse verlaßt wäre.

Die Danziger Sozialdemokratie aber, der das Gesamtwohl der Stadt mehr am Herzen liegt, als alle bisherigen Stadtväter zusammen einzuziehen vermochten, taten ihr Bestes, um die Verhältnisse herzustellen, die denn auch am 12. Jahre erfolgte.

Wir sehen in Herrn Dr. Schim den Mann, der mit weitestgehendem Blick längst erkannt hat, daß ein Gemeinwohl nicht gegen den Willen des größten Teiles seiner Bürger, der Arbeiterwelt, nicht mit Gewalt verwirklicht werden kann, und der daher auch erklärte, gegen die Wille der Bürger die Geschäfte der Stadt nicht führen zu wollen.

Aber mehr noch: Heinrich Schim, der 1877 in Aulhausen in Pommern geboren wurde, ist ein in jeder Hinsicht bewährter Mann und längst nicht ohne einen ausgezeichneten Kommunalpolitiker voraus.

Im Jahre 1905 trat er in Stettin als Magistratsassessor ein und schon im folgenden Jahre übernahm er nach Maadeburg als beauftragter Stadtrat über. Dort vertrat er die Territorien Steiner, Gas, Wasser, Elektrizität, Wasser der Bauverwaltung, den Garten und das Industriegebiet. Namentlich die drei letzten Gebiete werden ihm auch in Danzig ein reiches Arbeitsfeld bieten. 1912 wurde er amtierender Bürgermeister und der Krieg hat ihn besonders bei der Kriegsvorbereitung und Volksernährung tätig. Nach der Okkupation von Danzig wurde er als kommunalpolitischer Rat für die Stadt berufen, und seine Danziger Aufgabe wurde die überaus schwierige Lebensmittellieferung. 1918 im Februar trat er zum Amt als städtischer Rat nach Danzig zurück und trat am 1. April des Jahres seine bisherige Tätigkeit an, die es ihm ermöglichte, Einblicke in die verschiedensten kommunalen Fragen zu tun, die zu wertvollen Erfahrungen für ihn und die Stadt wurden.

Die Danziger Arbeiterwelt ist ein gerader, offener Mensch, der nicht leicht Vertrauen entgegenbringt, aber es einmal gewonnen, kann hält sie daran feste und bald wird es sich in gemeinsamen Arbeit herausstellen, daß hiermit nicht nur viel getan ist, Arbeit ist es hier viel, aber mit vereinter Kraft und Verständnis für die Not der Zeit wird noch sehr viel zu tun sein, und wir sind überzeugt, daß Herr Schim der richtige Mann an richtiger Stelle ist.

Aus der weiteren Tagesordnung.

Für Hinterbliebene von Danziger Truppen wurden 2000 Mark nachbewilligt, da die vorausgabten 20000 Mark nicht genügt.

Für den Jugendfürsorgeverband wird ein jährlicher Zuschuß von 10000 Mark bewilligt.

Die Volkswirtschaftlichen auf dem städtischen Ballungsgebiet rufen eine längere Debatte hervor, nach der der Magistratsrat, der weitere Einwirkungen der Anwesenheitsleistungen auf dem Ballungsgebiet vorzuziehen, angenommen wurde. Bisher sind 263 Mann mit solchen Arbeiten beschäftigt, da die Zahl der Arbeitslosen heute aber ungefähr 6000 beträgt, muß weitere Arbeitsbeschäftigung beschafft werden.

Stadtvater H. K. v. a. h. forderte hierbei sofortige Vorlegung eines Bewohnungsplanes für die Arbeiter mit kleinen Häusern und etwas Gemeinland. — Bauer wünschte Aufschreibung eines Bewohnungsplanes für die ganze Stadtumgebung. — Ten v. a. h. wurde der schwache Trost, daß sie noch recht lange auf eine elektrische Bahnverbindung werden warten müssen, aber daß sie sie sicher bekommen. — G. v. a. h. machte Vorschläge für die städtischen Gewerkschaften. — W. v. a. h. sprach dem Herrn Regierungsbaumeister Schaden in die Haare, daß es nun zu eine Zeit hätte, denn dieser wünschte, daß die städtischen Gewerkschaften ihre früher so oft achte Werkstättenproben auch nun heute anwenden möchten, um die Arbeitslosen von der Notwendigkeit der Arbeit zu überzeugen. Treffer erwiderte ihm ihm, daß er gar kein Recht habe, die Hilfe der Gewerkschaften anzunehmen, deren Streben, die Arbeiter aufzuklären und einheitslich zu organisieren gerade er und seine Partei früher mit allen Mitteln ergründet haben. — W. v. a. h. arbeitete eine lang wieder Herr v. a. h. mit seinen stets daneben stehenden Bemerkungen bei.

Nur die Arbeitsbeschäftigung war eine weitere halbe Million beantragt, die bewilligt wurde. Sie dient zur Unterstützung der Familien der Arbeitslosen und der zum Besuch Eingetragenen.

Die weitere Tagesordnung, darunter die Aufhebung der Ernennung der Kinder im Waisenhaus Pelonen, wurde verlesen.

Lokales.

Greifen Sie zu, Herr Gewerbeinspektor!

Die Arbeitslosen des Gaswerksgewerbes nahmen in der gestrigen Versammlung mit Entschiedenheit Kenntnis, daß in fast keinem Betriebe der achtstündige Arbeitstag durchgeführt wird. Die Stegmann mitteilte, wurde bei der fortgeführten Revision mit dem Herrn Gewerbeinspektor die Bestimmung gemacht, daß selbst die bereits 17 Jahre bestehende Bundesratsverordnung für Industriebetriebe bei fast allen Unternehmen nicht befolgt wird. So werden z. B. im Deutschen Hause die Beschäftigten von 7 Uhr morgens bis 11 Uhr abends mit einer Pause von nur 1 1/2 Stunden beschäftigt. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heute im Restaurant Kaiserhof tagende Versammlung der Arbeitslosen des Hotels, Restaurants und Kaffeehausgewerbes fordert die sofortige Durchsetzung des Achtstundentages, damit die Arbeitslosen Berufsangehörigen von der Straße kommen.

Eine „Einigungsversammlung“

Die von beiden sozialdemokratischen Parteien einberufen war, fand am Dienstag im Hotel Kronen in Peubode statt. Genosse Popps als erster Redner betonte die Notwendigkeit einer Einigung, um die Einigkeit der Arbeiterbewegung zu verankern. Der Bruderkampf lege dieselbe zum größten Teil

lahm. Er bewies das auch an Beispielen aus der Parteigeschichte. Eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien sei möglich, da in grundsätzlichen Fragen zwischen ihnen kein Unterschied bestehe. Der unabhängige Parteisekretär Mau degradierte seine „Einigungsrede“ zu einer mäßigen Agitationsrede für seine Partei. Nach seiner Meinung könne die Einigung nur dadurch zustande kommen, daß die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei zu den Unabhängigen übertritten. Auch eine Anzahl unabhängiger Diskussionsredner stellten dieselbe Forderung. Mehrere verzagten dabei den politischen und wirtschaftlichen Nutzen. So erklärte einer, die heutige deutsche Republik verdränge die Revolution in England, Frankreich und Amerika. Ein anderer meinte, daß die Forderung durch uns fortwährend gereizt würde. Trotzallem wollten diese konsequenten Unabhängigen den Krieg mit der Entente weiter fortsetzen, um dort den Imperialismus zu stützen. Genosse Popps betonte in seinem Schlusswort, daß eine Vereinigung nur so zustande kommen könnte, daß beide Parteien sich zu einer vereinigten sozialdemokratischen Partei zusammenschließen. Das und die anderen gegeneinander müßten aus den Reihen der Arbeiterklassen verschwinden. Leider hätten sich die Unabhängigen der Unabhängigen nicht auf dieser Grundlage bewegt. Wenn nach dem Rezept des Parteisekretärs Mau verfahren werden sollte, würde der Bruderkampf vereitelt werden. Die stark besetzte Versammlung endete ohne Erfolg für das Einigungsziel.

Aus den Gewerkschaften.

Zu umfangreicher Tagesordnung nahm gestern die Jahres-Generalversammlung des Kartellbundes der freien Gewerkschaften teil.

Den allgemeinen Jahresbericht gab Genosse Kreuzer. Sein Bericht, wie auch der Sekretariatsbericht des Genossen Grünhagen, konnten jedoch nur flüchtig sein. Die freien Gewerkschaften zählen ungefähr 10000 Mitglieder.

In der Schlußrede sprach Herr Schulze. Er gab ein Bild von der Entwicklung des Arbeiterbewegens und seinen jetzigen Stand. Arbeiter dürften die Lehrlinge nicht nur als eine billige Arbeitskraft ausbeuten, sondern sie haben vor allem eine Pflicht an der Ausbildung. Die Lehrlinge sollen der Schulzeit laße sich am besten so herstellen, daß Arbeitgeber wie Arbeitnehmer zu gleichen Teilen die dafür nötige Zeit hergeben. Zur Beantwortung dieser Frage wird eine stempelartige Kommission gewählt.

Den Vorschlag für die Kartellausführung brachte folgende Besetzung der Komitee: 1. Vorsitzender Kreuzer, 2. Vorsitzender Spill, 3. Kassierer Krügel, Schriftführer Kern und Kassierer Herrmann, Vertreter und Sekretär. Der Vorschlag des 1. Kassierers wird durch einen neunzehnjährigen Genossen ersetzt, der von auswärts nach hier eintrifft.

Zur Wahl von 20 Mitgliedern in den großen Kartellrat hat Genosse Kreuzer bereits eine Vorladungsliste eingereicht. Einige kleine Veränderungen treten dadurch ein, daß den kleineren Gewerkschaften und den Frauen ebenfalls Sitze eingeräumt werden.

Für die Wahl von 20 Mitgliedern für den großen Arbeiter-Rat wird der Vorschlag Kreuzer angenommen.

Die Beschwerdekommision für das Sekretariat setzt sich aus den Genossen Grünhagen, Spill und Röhde zusammen.

Bei der Stellungnahme zu der Verbesserung der Lehrlinge wird allgemein zum Ausdruck gebracht, daß hier eine Veränderung unbedingt erforderlich ist. Es ist ein unzulässiger Zustand, daß die Lehrlinge für die Ausbildung, die sie leisten, keine Vergütung bekommen, ja teilweise sogar noch dazu zahlen müssen. Die Kommission, die schon die Bearbeitung der Schlußfrage übernommen hat, soll durch Abhängnahme mit der Handwerkskammer hier eine Regelung schaffen.

Bei der Wahl eines Mitgliedes für den Fernstudienrat wurde beschlossen, den Genossen K. v. a. h. zu diesem Amte zu betrauen.

Die Erziehung verschiedener Anträge mußten für die nächste Sitzung zurückgestellt werden, da die frühe Versammlung zu einem frühzeitigen Schluß der Versammlung zwang.

Die Verteidigung des Herrn Oberregierungsrat State, die wir in diesen Tagen abdrucken, war vom Herrn Regierungsrat angegangen. Wenn wir nicht sofort, nicht sich vor Herr Oberregierungsrat durch den Brief persönlich geklärt. Wir hatten nämlich bei Veröffentlichung nicht die Absicht dies zu tun. Wenn in der Zeitung „rehab“ eine Verteidigung erfolgt wird, so haben wir nicht an, diese zu bedauern.

Auf das glänzende Programm des Genossen Th. v. a. h., das am Sonntag durch ein neues abgelöst wird, weisen wir auch an dieser Stelle empfehlend hin. Mehreres im Anhangsteil.

Goethe-Vortrag. Am 27. Februar, abends 7 Uhr, findet in der Aula der Reichshochschule für die Arbeiterbildungs-Vereinigung Danzig ein wissenschaftlicher Vortrag des Herrn Dr. Hint statt. Herr Dr. Hint hat sich „Goethe als Politiker“ zum Thema seines Vortrages gewählt.

Wasserstandsberichte am 25. Februar 1919.

Ort	gestern	heute	Ort	gestern	heute
Zborn	+ 1,27	+ 2,10	Riedel	+ 0,97	+ 0,99
Jordan	+ 1,74	+ 1,98	Ströben	+ 1,15	+ 1,29
Wald	+ 0,55	+ 1,01	Wald	+ 2,20	+ 2,21
Wald	+ 1,10	+ 1,10	Wald	+ 2,10	+ 2,10
Wald	+ 1,10	+ 1,10	Wald	+ 2,10	+ 2,10
Wald	+ 1,10	+ 1,10	Wald	+ 2,10	+ 2,10

Wald: Von den 116 Stationen, von denen die Wasserstände gemessen werden, sind 102 Stationen im Anstieg.

Letzte Nachrichten.

Ein neuer Rätekonarch.

Berlin, 25. Febr. (W. Z. N.) In der Sitzung vom 25. Februar beizug der Zentralrat die Frage der Einberufung eines neuen Rätekonarches und beschloß, das einmündige Verabreden, ihn für Ende März einzuberufen. Es wurde eine Kommission ernannt, die sofort mit den nötigen Vorbereitungen beginnen soll.

Neuer Spartakus-Konarch.

Berlin, 25. Febr. In Schiererei kam es in der vergangenen Nacht im Zeitungsbüro, wo Spartakus-Telephonatoren gerichtet und vereinzelt die Verlagshäuser angegriffen, ohne Erfolg zu haben.

Zur Zurückziehung der Regierungstruppen.

Essen (Mittl.), 25. Febr. (W. Z. N.) Die Verhandlungen mit dem Generalkommando über die Zurückziehung der Regierungstruppen bis nordlich der Ruhr, die ursprünglich am 25. Februar stattfinden sollten, sind auf den 27. Februar verschoben worden.

Der Schaden in Mannheim.

Mannheim, 25. Febr. (W. Z. N.) Der bei den Vorarbeiten am Sonntag am dem Genannten und Gerichtegebäude angelegte Schaden wird auf etwa 300 000 Mark geschätzt. Es wurden 400 Götter, darunter 200 Arbeiter, befreit. Infolge der angelegten Reparaturen in den Gerichten und des Mangels an verfügbaren Arbeitern erklären die Gerichtebeamten ihre Tätigkeit vorläufig nicht mehr ausüben zu können.

Demonstration in Breslau im Breidau.

Breslau i. Breidau, 25. Febr. Die Arbeiter aller Nationen stehen zum Protest gegen neue revolutionäre Maßnahmen und die Worte in Breslau gehen die Arbeit ruhen und zeigen mit roten Fahnen durch die Stadt. Reaktionen erschienen nachmittags nicht.

Yagerischer Rätekonarch.

München, 25. Febr. (W. Z. N.) Heute nachmittag trat im Landtag der Konarch der Landes-Regierung, Soldaten und Bauernräte, um an den politischen Ereignissen Stellung zu nehmen. Etwa 200 Delegierte waren anwesend. Arbeiterrat Gröbelin berichtete, daß die inhaftierten Weihen hater hater hater, daß die Studenten von ihrer Tätigkeit ablassen. Der Reichsrat stand heute aufrechterhalten, Landesregierungen hater for

berte, daß an Stelle des Generals die Arbeitermehrheit. Soldatenrat Berlin forderte, daß man bürgerliche Reaktionen überhand nicht brauche. Eine in Berlin erklärte Abordnung betonte, daß eine Verammlung von 1000 Arbeitern u. a. erfordert habe, daß die Arbeiterwelt sofort ausgerufen werde, und daß es Landtag nie wieder aufzusammeln werde. Die Abordnung verlangte die Abkündigung der Verhältnisse, die die Besetzung wichtiger Punkte in der Stadt, die sofortige Verbindung mit München und die Besetzung der ruffischen Sowjetrepublik, außerdem die Abkündigung der Staatsbürgerschaft und die Abkündigung des Münchener Stadtkommandanten. Der Präsident erklärte hierauf, er werde zu diesen Forderungen Stellung nehmen. Es dann wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag verlegt.

Alle agieren in München unter Vorzeichen der erschienenen Reaktionen bringen einen Aufruf des Reichsrates, „An Breiden“. Dieser Aufruf ist an Weimar und Berlin gerichtet. Es heißt darin: Was auch die nächsten Tage in München bringen mögen, keine Reichswehraktionen! Keine eiserne Division! Keine niemand das bayerische Reich anfallen. Teufelsand und das Reich könnten darüber in Trümmern stehen.

Was den Empathiekreis.

a. Genf, 25. Febr. (W. Z. N.) Ein Pariser Blatt meldet aus dem Saargebiet, daß die dortigen Reigen seit Sonntag militärisch besetzt worden sind. Der französische Militärkommandant hat einen Aufruf an die Arbeiterwelt erlassen, in dem die Arbeiter beschuldigt Empathiekreis für die Arbeiterwelt zu werden. Im Falle der Abkündigung der Pariser wird mit Entschiedenheit an die Arbeiter für die Dauer des Streiks adressiert.

Widau den Volkswirtschaften entziehen. Widau, 25. Febr. (W. Z. N.) Die Volkswirtschaft Widau meldet: Widau wurde heute gewonnen.

Ungarn und Tschechien. Budapest, 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

aus Frankreich. a. Genf, 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

Frankfurt a. M., 25. Febr. (W. Z. N.) Die tschechische Regierung hat die Tschechen in Ungarn vertrieben. Die Tschechen haben die Tschechen in Ungarn vertrieben.

